

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Degen Deicke Wagner GmbH

whistleblower-helpdesk.de

(Stand 10/2023)

1. Vertragsgegenstand und Geltungsbereich

- 1.1 Die Degen Deicke Wagner GmbH, Whistleblower Helpdesk, Alexanderstraße 8A, 70184 Stuttgart, (nachfolgend „Anbieter“) bietet gegenüber Auftraggeber, die Unternehmer i.S.v. § 14 BGB sind (nachfolgend „Auftraggeber“), unter der Domain <https://whistleblower-helpdesk.de> (nachfolgend „Plattform“) verschiedene entgeltliche Leistungen rund um die Erbringung von Compliance, wie nach dem Hinweisgeberschutzgesetz und dem Lieferkettengesetz, an. Der Vertragsgegenstand ergibt sich dabei in der nachfolgenden Geltungsreihenfolge aus einer zwischen den Parteien gem. Ziffer 8 Abs. 3 dieser AGB abzuschließenden Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV) nebst Anlagen A und B hinsichtlich Unterauftragnehmer und TOMs, d.h. technischer und organisatorischer Maßnahmen, (nachfolgend „AVV“), diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachfolgend „AGB“) sowie den in der Leistungsbeschreibungen und Preislisten getroffenen Regelungen.
- 1.2 Diese AGB gelten ausschließlich. Entgegenstehende oder abweichende Bedingungen des Auftraggeber finden keine Anwendung, und zwar auch dann nicht, wenn der Anbieter in Kenntnis entgegenstehender oder abweichender Bedingungen des Auftraggebers die Leistung ohne Widerspruch gegen die Bedingungen des Auftraggeber bewirkt.

2. Vertragsschluss und Angebote

- 2.1 Indem der Auftraggeber die gewünschten Leistungen über die Plattform zusammenstellt und auf den Button Zahlungspflichtig Bestellen klickt, gibt er ein verbindliches Angebot auf Abschluss eines Vertrags mit den gewünschten Leistungen gegenüber dem Anbieter ab. Der Vertrag kommt erst mit Zugang der Auftragsbestätigung beim Auftraggeber, spätestens mit Bereitstellung der bestellten Leistung durch den Anbieter zustande.
- 2.2 Alle Angebote des Anbieters sind freibleibend, sofern sie nicht vom Anbieter zumindest in Textform als verbindlich bezeichnet oder bestätigt worden sind. Leistungstermine sind nur dann verbindlich, wenn sie vom Anbieter zumindest in Textform als verbindlich bezeichnet oder bestätigt worden sind.

3. Leistungen

- 3.1 Der Anbieter stellt dem Auftraggeber über die Plattform Leistungen hinsichtlich einer entgeltlichen Geschäftsbesorgung bei der Etablierung von Compliance-Pflichten wie der Vorhaltung einer Ombudsperson nach dem Hinweisgeberschutzgesetz und/oder damit im Zusammenhang stehende Compliance- und Audit-Beratungen als Dienstleistungen zur Verfügung.

- 3.2 Die Einzelheiten zur jeweils gebuchten Leistung (nachfolgend „**vertragsgegenständliche Leistungen**“) ergeben sich aus der Auftragsbestätigung sowie der zum Zeitpunkt der Bestellung aktuellen Leistungsbeschreibung zur jeweils bestellten Leistung.

4. Pflichten des Auftraggebers

- 4.1 Der Auftraggeber ist verpflichtet, die zur Ermittlung der jeweiligen Compliance-Pflichten anzugebenden Pflichtangaben wie bspw. zu Standorten, zu Organigramm u.a. wahrheitsgemäß und sonstige notwendigen Daten und Informationen ebenso pflichtgemäß anzugeben. Sollte es bei der Nutzung von Leistungen zu Störungen kommen, ist der Auftraggeber verpflichtet, den Anbieter hierüber unverzüglich zu informieren.
- 4.2 Der Auftraggeber ist verpflichtet, etwaige Zugangsdaten gegenüber unbefugten Dritten geheim zu halten. Insb. sind Benutzername und Passwort so aufzubewahren, dass der Zugriff auf diese Daten durch unbefugte Dritte unmöglich ist, um einen Missbrauch des Zugangs durch Dritte auszuschließen. Der Auftraggeber verpflichtet sich, den Anbieter unverzüglich zu informieren, sobald er davon Kenntnis erlangt, dass unbefugten Dritten das Passwort bekannt ist.
- 4.3 Dem Auftraggeber obliegt es, die vertragsgegenständlichen Leistungen entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Erfordernissen zu gestalten und zu nutzen. Dies gilt auch für die Einbindung von Drittdiensten über vom Anbieter zur Verfügung gestellte Schnittstellen.

5. Haftung

- 5.1 Macht der Auftraggeber Schadensersatzansprüche geltend, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, einschließlich Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Vertreter oder Erfüllungsgehilfen des Anbieters beruhen, haftet der Anbieter dem Auftraggeber für die vertragsgegenständlichen Leistungen nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- 5.2 Bei der leicht fahrlässigen Verletzung einer vertragswesentlichen Hauptpflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht, deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertrauen kann, ist die Schadensersatzhaftung des Anbieters auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.
- 5.3 Für den Verlust von Daten haftet der Anbieter nur bis zu dem Betrag, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Sicherung der Daten zu deren Wiederherstellung angefallen wäre.
- 5.4 Eine weitergehende Haftung ist ausgeschlossen. Die Haftung wegen schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bleibt hiervon ebenso unberührt wie die Haftung nach dem ProdHaftG und für Garantien. Garantien im Rechtssinne sind nur solche, die ausdrücklich als Garantie bezeichnet werden.
- 5.5 Ansprüche, die auf einer Haftung für Schäden, die nicht auf der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit beruhen und für die leichte Fahrlässigkeit nicht ausgeschlossen ist, verjähren innerhalb eines Jahres beginnend mit der Entstehung des Anspruchs.

6. Vergütung

- 6.1 Die Vergütung der vertragsgegenständlichen Leistungen ist den jeweils aktuellen Preislisten zu entnehmen, die auf der Plattform angegeben sind. Monatliche Preise sind mit Beginn der

betriebsfähigen Bereitstellung für den Rest des Monats anteilig zu zahlen. Danach sind diese Preise monatlich im Voraus zu zahlen, spätestens jedoch bis zum dritten Werktag des jeweiligen Monats. Andere Entgelte/Vergütungen werden direkt nach Erbringung der Leistung und Zugang der Rechnung beim Auftraggeber fällig. Bei Mindestlaufzeiten von 24 Monaten oder 36 Monaten sowie bei Mindestvolumina von 1 oder 2 Projekttagen besteht Vorleistungspflicht, soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart ist.

- 6.2 Alle Entgelte und Preise verstehen sich zzgl. der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer.
- 6.3 Für den Fall, dass der Auftraggeber über einen Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung der vereinbarten Vergütung in Höhe eines Betrags in Verzug ist, der die Vergütung für zwei Monate erreicht, ist der Anbieter zur Aussetzung der vereinbarten Leistungen berechtigt. Das Recht des Anbieters, in diesem Fall das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund und ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, bleibt hiervon unberührt.
- 6.4 Sämtliche Vergütungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bzw. Compliance-Beratung, die nicht beim Anbieter selbst anfallen, sind vom Auftraggeber direkt an den jeweiligen Leistungserbringer innerhalb des jeweiligen Zahlungsziels zu entrichten. Der Anbieter wird dem Auftraggeber dafür die entsprechenden Zahlungsbedingungen weiterleiten. Im Fall der schuldhaften Verletzung dieser Zahlungsverpflichtungen wird der Auftraggeber den Anbieter gegenüber etwaigen Ansprüchen des Leistungserbringers auf erstes Anfordern freistellen.

7. Vertragslaufzeit und Kündigung

- 7.1 Der Vertrag über die Bereitstellung der Ombudsperson nach dem Hinweisgeberschutzgesetz wird über einen Zeitraum von 24 oder 36 Monaten, je nach Auftragsbestätigung, geschlossen (nachfolgend „**Mindestvertragslaufzeit**“) und kann mit einer Kündigungsfrist von drei (3) Monaten, erstmalig zum Ende der Mindestvertragslaufzeit, von beiden Parteien gekündigt werden. Erfolgt vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit keine fristgemäße Kündigung, verlängert sich der Vertrag um jeweils weitere 12 Monate. Die Parteien können auch einzelne eigenständige Leistungen separat kündigen.
- 7.2 Das Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragsteile die Fortsetzung des Vertrags nicht mehr zugemutet werden kann.
- 7.3 Die Kündigung bedarf der Textform.
- 7.4 Mit Beendigung des Vertrags wird der Anbieter den Auftraggeber darüber informieren, dass die vom Auftraggeber auf der Website zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung gespeicherten Dateien 90 Tage nach Vertragsende vom Anbieter gelöscht werden können. Diese Dateien sowie etwaige erforderliche strukturelle Informationen können vom Auftraggeber selbst gesichert oder ihm vom Anbieter gegen Erstattung der dabei anfallenden Kosten in einem üblichen elektronischen Format zur Verfügung gestellt werden.

8. Datenschutz

- 8.1 Der Anbieter erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten ausschließlich nach den Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).
- 8.2 Falls der Auftraggeber im Rahmen der Nutzung der Leistungen des Anbieters personenbezogene Daten erheben, verarbeiten oder nutzen will, muss er nach Art. 28 DSGVO

mit dem Anbieter eine AVV abschließen. Der Anbieter stellt dem Auftraggeber in Gemäßheit dessen Bestellung bzw. auf Anfrage eine entsprechende AVV zur Verfügung. Der Auftraggeber wird diese Vereinbarung in zweifacher Ausführung unterschrieben an den Anbieter zurücksenden.

9. Sonstiges

- 9.1 Der Anbieter ist berechtigt, die Leistungen durch Dritte als Unterauftragnehmer erbringen zu lassen. Der Anbieter haftet für die Leistungserbringung von Unterauftragnehmern wie für eigenes Handeln.
- 9.2 Für die Vertragsbeziehung zwischen dem Anbieter und dem Auftraggeber gilt deutsches Recht. Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Stuttgart, sofern der Auftraggeber Kaufmann, Körperschaft des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Der Anbieter bleibt berechtigt, am allgemeinen Gerichtsstand des Auftraggeber Klage zu erheben oder andere gerichtliche Verfahren einzuleiten.
- 9.3 Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags mit dem Auftraggeber einschließlich dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. In diesem Fall finden die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung.